

nigkeiten und ausgedachten „Gründen“ die staatliche Erlaubnis zur Ausübung der Seelsorge entzogen werde.

Ebenso deutlich beklagt er sich über die Bewegung „Pacem in terris“. „Nicht nur ich, sondern wir alle, die wir die ‚Katholische Zeitung‘ lesen, haben in den letzten 25 Jahren der Existenz der Friedensbewegung noch nie lesen können, daß die Vorsteher der Bewegung sich der Religion angenommen haben, der Kirche, der Gläubigen, obwohl es doch studierte Leute sind. Ja, nicht einmal für sich selbst und ihre Kollegen sind sie eingetreten, obwohl doch da schon viel Unrecht geschehen ist! Aus ihren Verlautbarungen klingt es immer so, als ob zwischen Staat und Kirche alles in bester Ordnung wäre... Wie könnt Ihr, Priester,

wahrhaftig für den Frieden in der Welt kämpfen, wenn Ihr hier, daheim, Euch der eigenen Kirche nicht anzunehmen wißt.“ Frieden und Gerechtigkeit gehörten zusammen. Deshalb bitte er höflich, „die Regierung der Slowakischen Sozialistischen Republik und das ZK der KPS über alle Ungerechtigkeiten zu informieren, die an uns geschehen, auf daß der Sozialismus auch bei uns das werde, was er sein soll: eine Einrichtung, in welcher das arbeitende Volk selbst über sich entscheidet“.

Diese und ähnliche durch Augenzeugen vermittelte Streiflichter über die Situation der Kirche in der ČSSR, wie sie sich im letzten Jahr entwickelt hat, macht deutlich, daß sich die Lage trotz Helsinki noch einmal verschlimmert hat.

Zeitbericht

„Christus befreit und eint“

Die fünfte Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Nairobi

Vom 23. November bis zum 10. Dezember vergangenen Jahres tagte in der Hauptstadt Kenias, Nairobi, die fünfte Vollversammlung des Weltkirchenrates. Damit fand zum erstenmal eine Tagung des „obersten legislativen Organs, das an der Spitze des Ökumenischen Rates steht“ (so definiert die Verfassung des ÖRK die Vollversammlung) in Afrika statt. Obwohl Nairobi nur „zweite Wahl“ war und als Konferenzort erst ausersehen wurde, nachdem sich die Austragung der Konferenz in Djakarta aus „religionspolitischen“ Gründen als inopportun erwiesen hatte (vgl. HK, Februar 1975, 68), charakterisierte diese Wahl nochmals die „Ära“ der Geschichte des Weltrats, die seit der letzten Vollversammlung in Uppsala datiert.

In Uppsala hatte der ÖRK eine deutliche *Wendung zum sozialen und politischen Engagement* vollzogen, die nach außen hin am auffallendsten durch das Antirassismus-Programm markiert wurde, aus dessen Sonderfonds seitdem afrikanischen Befreiungsbewegungen Gelder für humanitäre Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Seit Uppsala datieren deshalb auch die Vorwürfe an den ÖRK, er politisiere die Ökumene und versage an seiner originären Aufgabe, dem Dienst an der Einheit der Christenheit. Der Streit um den Zusammenhang bzw. die Alternative von Verkündigung und politischer Aktion (vor allem in ihrer Zuspitzung als Befreiungskampf) führte zu schweren Auseinandersetzungen in der Ökumene und beförderte in manchen Mitgliedskirchen Überlegungen, die Mitgliedschaft zur Disposition zu stellen.

Ein weiterer Stein des Anstoßes in der zurückliegenden Periode war die Forderung nach „*Kontextualisierung*“ der christlichen Botschaft. Unter diesem Terminus kann man die Aktivitäten zusammenfassen, die auf ein „Heimischwerden“ des Christentums in den Kulturen der Dritten Welt zielen. Dazu gehört vor allem das Bemühen um eine „Emanzipation“ der jungen Kirchen von ihren „Mutterkirchen“, um eine eigenständige Theologie und um die schöpferische Entwicklung adäquater und origineller Ausdrucksformen des Glaubens, aber auch – was davon wohl nicht ablösbar sein dürfte – der Dialog mit den in den „Missionsländern“ heimischen Religionen. Auf der einen Seite führte das etwa auf der Weltmissionskonferenz in Bangkok (vgl. HK, April 1973, 206 ff.) zu Forderungen wie der nach einem „*Moratorium*“ (d. h. der Einstellung der materiellen und personellen Hilfe aus den „alten“ Kirchen) oder zu Dialogkonzepten, bei denen sich der Missionsauftrag der Kirche zur *quantité négligeable* zu verflüchtigen schien; auf der anderen Seite wurde der Verdacht einer Überfremdung des Evangeliums durch Nationalismen der Dritten Welt bzw. eines unkritischen Hangs zum Synkretismus laut.

Da gerade in Afrika alle diese Probleme virulent sind und die afrikanischen Kirchen zu den besonders selbstbewußten Mitgliedern des ÖRK zählen, war von vielen Beobachtern und hauptamtlichen Ökumenikern eine Vollversammlung der an die Substanz gehenden Kontroversen erwartet worden. Allerdings hatte man das Thema so ge-

wählt, daß Integration und Kompromiß gewissermaßen schon programmiert waren. Bestand während der letzten Jahre vorwiegend Uneinigkeit darüber, wie und woraufhin Christus befreit, so fand man sich in Nairobi unter dem versöhnlichen Motto zusammen: „Christus befreit und eint.“

Der Verlauf

Eine zusätzliche Schwierigkeit schien bei Beginn der Konferenz zu sein, daß es sich um die *größte Veranstaltung dieser Art in der Geschichte der ökumenischen Bewegung* handelte und daß mehr als 80% der Delegierten zum erstenmal an einer Vollversammlung teilnahmen. Es waren nahezu 800 Repräsentanten von über 270 Kirchen vertreten; davon waren mehr denn je Frauen (20%), junge Menschen unter 30 Jahren (10%) und Laien (40%). Eine der stärksten Delegationen stellte die Bundesrepublik Deutschland mit 27 offiziellen Delegierten (darunter die Bischöfe *Hermann Dietzfelbinger*, *Hans Heinrich Harms*, *Friedrich Hübner*, *Hans Otto Wölber* und Kirchenpräsident *Helmut Hild*) und außerdem rund 70 Beratern (unter ihnen die Professoren *Jürgen Moltmann*, *Karl Ernst Nipkow* und *Hans Jochen Margull*), Gästen (u. a. die bisher führend im ÖRK engagierten Bischöfe *Hanns Lilje* und *Kurt Scharf* sowie *Richard von Weizsäcker*) und Beobachtern.

Es sollte sich als *der* Glücksgriff der Verantwortlichen erweisen, daß sie die Mammutversammlung nicht mit permanenten Plenarsitzungen beschäftigten, sondern den größten Teil der Arbeit in *kleine Arbeitsgruppen von je etwa 6 bis 10 Personen* verlegten, in denen zwar auch die großen Parolen gefallen sein mögen, zu denen ein großes Auditorium gelegentlich verführt – und auch bei dieser Vollversammlung verführt hat –, in denen aber doch in erster Linie im persönlichen Kontakt das Gemeinsame trotz aller Unterschiede der Herkunft, Rasse, Bildung etc. „erfahrbar“ wurde. Diesem Arbeitsstil vor allem dürfte es zu verdanken sein, daß es im großen und ganzen nicht zu den erwarteten Konfrontationen gekommen ist.

Ein weiteres Charakteristikum des äußeren Ablaufs war, daß dem *Gottesdienst* – in verschiedenen Formen – und der *Bibelarbeit* viel Raum gegeben wurde. Fast alle Beobachter konstatierten eine betonte Orientierung auf die eigentlichen geistlich-theologischen Reserven (vgl. epd., 11. 12. 75). Der Grundtenor der Berichterstattung – ganz unabhängig von der sonstigen Bewertung – war: *die Ökumene wird wieder frömmere*. Es versteht sich, daß den gottesdienstlichen Feiern die enthusiastisch-extrovertierte Frömmigkeit der Afrikaner einen spezifischen Akzent gab. Diese „fröhliche Gestalt von Christentum“ (joyful type of christianity) – wie sie der Ehrenpräsident des ÖRK, *Willem A. Visser't Hooft*, nannte (vgl. WCC Communication 19/75) – blieb sicher auch außerhalb der Liturgie nicht ohne Einfluß auf die Konferenz –, wobei allerdings zu bemerken ist, daß die einheimischen Christen nur relativ

schwach an dem Ereignis in ihrem Land partizipierten, so daß mancher öffentlichen Veranstaltung die „Kulisse“ fehlte.

Die sachliche Arbeit war auf sechs Sektionen verteilt: „Bekenntnis zu Christus heute“ (I); „Die Einheit der Kirche: Voraussetzungen und Forderungen“ (II); „Auf der Suche nach Gemeinschaft: das gemeinsame Streben der Menschen verschiedener Kulturen und Ideologien“ (III); „Erziehung zu Befreiung und Gemeinschaft“ (IV); „Strukturen der Ungerechtigkeit und Kampf um Befreiung“ (V); „Menschliche Entwicklung: die Zwiespältigkeit von Macht und Technologie und die Qualität des Lebens“ (VI). Das Engagement für die einzelnen Themen war recht unterschiedlich, ebenso ist es die Qualität der erreichten Ergebnisse. Bezeichnend war wiederum die Tatsache, daß mehr als die Hälfte aller Delegierten sich für Sektion I gemeldet hatten. Den verschiedenen Gruppen lagen zu den einzelnen Sektionen sogenannte kommentierte Tagesordnungen vor, in denen die jeweilige Thematik spezifiziert und strukturiert war und Fragen zur Diskussion gestellt wurden. Ausgehend von diesen Unterlagen wurden „Sektionsberichte“ erarbeitet, die der Vollversammlung vorgelegt und von ihr verabschiedet wurden (bei den Sektionen III und VI erst nach nochmaliger Überarbeitung).

Im Plenum selbst wurden zu den zentralen Themen jeweils größere Referate gehalten, Rechenschaftsberichte geliefert, Resolutionen beschlossen und Wahlen abgewickelt. Von größtem praktischem Interesse waren dabei die Finanzlage des ÖRK und die Wahlen zu seinen Führungsgremien. Wie der britische Delegierte *Ernest Payne* – bisher Mitglied des Präsidiums – bei der Vorlage des Finanzberichts ausführte (vgl. epd-Dokumentation 52/75), ist die *finanzielle Situation für den ÖRK dramatisch*. Das ist zum Teil in Währungsschwankungen begründet, vor allem in der gravierenden Verschlechterung des US-Dollars im Verhältnis zum Schweizer Franken, aber auch in der Fülle der Aufgaben des ÖRK und nicht zuletzt in der Tatsache, daß viele der Mitgliedskirchen bis jetzt nur einen sehr geringen oder überhaupt keinen Beitrag leisten. Hauptfinanziers sind nach wie vor die amerikanischen Kirchen und die EKD, die seit Uppsala ihre Beiträge um 155% erhöht hat und mit 38% fast ebensoviel zum Gesamtetat beisteuert wie die Amerikaner. Im Haushalt 1976 klafft zwischen zu erwartenden Ausgaben und Einnahmen noch eine Lücke von 2,6 Millionen Schweizer Franken. Generalsekretär *Philip Potter* erklärte, daß die finanziellen Schwierigkeiten ein Zeichen für deutlichen Mangel an Einheit seien (epd, 27. 11. 75). Um aus der Misere herauszukommen, sollen einerseits alle Möglichkeiten der Einsparung wahrgenommen werden, andererseits wurden die Mitgliedskirchen aufgefordert, ihre Beiträge um 50%, die EKD und die amerikanischen Kirchen um ein Drittel zu erhöhen (epd, 10. 12. 75).

Die größte Überraschung bei den Wahlen – daß erstmals zwei Frauen dem Präsidium angehören, ist wohl nicht

überraschend – war die Berufung des Leningrader Metropoliten *Nikodim* zu einem der sechs Mitglieder des Präsidiums. Gegen ihn hatte es wegen seiner regimekonformen Haltung Widerstand im Plenum gegeben. Es gab Bestrebungen, über die Kandidaten für das Präsidium einzeln abzustimmen, was zu einer Niederlage *Nikodims* oder zu einem unrühmlichen Ergebnis hätte führen können. Schließlich wurde doch über das vorgeschlagene Präsidium im ganzen votiert, nachdem die russische Delegation den Kritikern der Berufung von *Nikodim* insoweit entgegengekommen war, als sie anstelle eines ursprünglich vorgesehenen anderen Kandidaten den allgemein hochgeschätzten Moskauer Erzpriester *Vitaly Borowoy* in den Zentrallausschuß wählen ließ (vgl. FAZ, 8.12.75).

Dem neuen Präsidium gehören neben *Nikodim* an: die Presbyterianerin *Annie Jagge*, Richterin aus Ghana; die Episkopale *Cynthia Wedel*, die als erste Frau Präsident des Nationalrates der Kirchen in den USA war; der lutherische Erzbischof von Stockholm, *Olof Sundby*; der methodistische Theologe *José Miguez-Bonino*, ein Vertreter der „Theologie der Befreiung“ aus Argentinien, sowie der pensionierte indonesische General *Tabi Bonar Simatupang* (reformiert), gegenwärtig Präsident des indonesischen Rates der Kirchen. Unter den 130 Mitgliedern des Zentrallausschusses sind sechs Vertreter aus der Bundesrepublik (Bischof *Harms*, Bischof *Hübner*, Prof. *Helmuth Esser*, Moderator des reformierten Bundes, *Heinz Joachim Held*, Präsident des Außenamtes der EKD, *Hildegard Zumach*, Leiterin der evangelischen Frauenarbeit, und der Berliner Professor *Gerhard Grohs*) und drei aus der DDR (der Dresdner Bischof *Johannes Hempel*, *Ludwig Frank*, *Waltraut Peyer*). Bischof *Harms* und Bischof *Hempel* wurden auf der ersten Sitzung des neuen Zentrallausschusses unmittelbar nach Abschluß der Vollversammlung ins Exekutivkomitee berufen (EPS, 8.1.76).

Integration der Gegensätze?

Einheit der Kirche oder Einheit der Menschheit, Erlösung oder Befreiung, Mission oder Dialog, Spiritualität oder politischer Kampf – so und ähnlich lauteten die Alternativen, auf die sich der Streit in der Ökumene während der letzten Jahre konzentrierte. Nairobi hat sich auf allen diesen Gebieten um *Kompromißformeln* bemüht. Ob auch wirklich die Integration der Gegensätze gelungen und ein Fortschritt in der Sache erzielt worden ist, bleibt vorerst eine offene Frage. Der Integrationswille war jedenfalls offenkundig, und ebenso klar erwies sich, daß es *keine übersichtlichen „Fronten“* gibt. Kirchlich-theologisch „konservative“ Evangelikale aus Afrika können durchaus politisch radikal sein, während theologisch „fortgeschrittene“ Abendländer eine vorsichtige (für die ersteren „konservative“) Politik betreiben; für die konkreten (und komplizierten) Probleme auf dem Weg zu einer universal-kirchlichen Einheit bringen manche Vertreter von Kirchen der Dritten Welt, die dem Dialog mit anderen Religionen sehr offen gegenüberstehen, nicht so viel Verständnis auf

wie etwa die Orthodoxen, die ihrerseits sehr empfindlich auf Symptome von „Synkretismus“ reagieren.

Relativ einmütig wurde die seit den Faith-and-Order-Tagungen von 1971 in Löwen und von 1973 in Salamanca in die Diskussion gebrachte Einheitsvorstellung der „konziliaren Gemeinschaft“ rezipiert. „Die eine Kirche ist als konziliare Gemeinschaft von Gemeinden zu verstehen, die ihrerseits tatsächlich vereinigt sind. In dieser konziliaren Gemeinschaft besitzt jede der Gemeinden zusammen mit den anderen volle Katholizität, sie bekennt denselben apostolischen Glauben und erkennt daher die anderen als Glieder derselben Kirche Christi an, die von demselben Geist geleitet werden. Sie gehören zusammen, weil sie die gleiche Taufe empfangen haben und das gleiche Heilige Abendmahl feiern; sie erkennen die Mitglieder und die geistlichen Ämter der anderen Gemeinden an“ (Arbeitsbuch Nairobi 1975, 28f). Einigkeit herrschte darüber, daß der Weltrat diese konziliare Gemeinschaft nicht ist, daß es vielmehr seine Aufgabe ist, sie vorzubereiten. Zweifel gab es aber dahingehend, ob das Konzept der konziliaren Gemeinschaft nicht zu vage ist, ein bloßer Kompromiß, der den gegenwärtigen Zustand „halbherziger Gemeinschaft“ sanktioniert (vgl. Lutherische Monatshefte, Januar 1976, 83). Zudem stehen sich wahrscheinlich noch unter dem gleichen Terminus verschiedene Verständnisse von Konziliarität gegenüber: verstehen die einen Konziliarität als Prozeß, der zur „organischen“ Einheit führt, so ist für die anderen – vor allem die Orthodoxen – Konziliarität nur denkbar als innere Struktur einer organisch geeinten universalen Kirche.

Neben dieser globalen Zielbestimmung legte die zuständige Sektion *Kriterien für das kirchliche Handeln* vor. Kirchliches Handeln solle 1. *integrierendes Handeln* sein, das „die anderen“ einbezieht; es solle 2. *auf das Zusammenwachsen zielen*, was durch die Bereitschaft zur Fürbitte, zur Visitation und zum Mitleiden mit anderen Kirchen zum Ausdruck gebracht werden müsse; ein wichtiges Erfordernis eines auf Einheit zielenden kirchlichen Handelns sei 3. die Sorge für die *Transparenz ökumenischer Institutionen* und die Bereitschaft zur selbstkritischen Überprüfung ökumenischer Strukturen; schließlich wird als wichtiges Kriterium 4. die *Entscheidungsfreudigkeit* genannt: die Kirchen müßten den Mut haben, nach erreichten Konvergenzen auch sichtbare Schritte auf die Einheit hin zu tun. Ein solcher Schritt gelang in Nairobi aber nicht. Die Absicht, ein gemeinsames Osterdatum festzulegen, scheiterte am Einspruch der Orthodoxen, die darüber erst eine panorthodoxe Entscheidung herbeiführen wollen.

Für die gesamte weitere Arbeit des ÖRK nannte der Ausschuß für Programmrichtlinien als eines der zentralen Kriterien die „*Integration von theologischer Reflexion und Aktion*“. Die Notwendigkeit der inneren Verknüpfung dieser beiden Größen – von denen in den letzten Jahren häufig die zweite die erste zu erdrücken schien – hatte be-

reits zu Beginn der Konferenz der indische Wissenschaftler und bisherige Vorsitzende des Zentralaussschusses, *Madathilparampel Mammen Thomas*, herausgestellt. Er prägte in seinem Bericht vor dem Plenum eine weitere der charakteristischen Nairobi-Formeln dafür: „*spirituality for combat*“. Diese Formulierung offenbarte allerdings spätestens beim Versuch, sie zu übersetzen, die Mehrdeutigkeit, die in ihr steckt. Die wörtliche Übertragung („Spiritualität für den Kampf“) schien deutschen Delegierten und Beobachtern jedenfalls zu aktionistisch, so daß sie dann zwischen „Spiritualität des Engagements“ und „kämpferische Spiritualität“ schwankten (vgl. epd, 28.11.75, FAZ, 25.11.75). Im übrigen war das Referat von Thomas wohl der programmatischste Versuch, aus den fruchtlosen Alternativen herauszukommen; sein Ziel war es, die Gegensätze zu „umarmen“ und insgesamt in eine höhere Einheit aufzuheben. Er berief sich dabei auf Texte so unterschiedlicher Art wie die Verlautbarungen von Bangkok 1973, die Lausanner Verpflichtung der Evangelikalen (vgl. HK, September 1974, 451) und die Texte der Bischofssynode von 1974. Mit Hilfe dieses Materials unterstrich er sowohl die positive Beziehung zwischen Verkündigung und sozialer Verantwortung als auch die Notwendigkeit der Abgrenzung von einer zur Ideologie degenerierten Sozialutopie, die „die Existenz der Sünde leugnet und einen Humanismus mit Selbsterlösungscharakter vertritt“ (vgl. epd-Dokumentation 52/75). Durch eine weitere „Formel“ wurde der Rahmen für ein sinnvolles Missionsverständnis abgesteckt, das die Sendung der Kirche weder auf den Beitrag zur Befreiung noch auf den Dialog beschränkt: „das ganze Evangelium für den ganzen Menschen und die ganze Welt in jeder Situation“.

Politik aus der Perspektive der Dritten Welt

Diese in der Diskussion der Grundsatzfragen praktizierte Bereitschaft zum Kompromiß als „höhere Weisheit“ fand sich bei der Beschäftigung mit Politik nicht wieder. Nun ist das Finden von politischen Kompromissen ja zweifellos nicht unbedingt die Aufgabe von Kirchenversammlungen, aber wenn sie sich zur Politik äußern, steht mit der Differenziertheit und Sachgerechtigkeit ihrer Äußerungen auch ihre Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Ebenso ist es zweifellos eine Aufgabe der Kirche, nicht nur an der Seite unterdrückter Einzelner, sondern auch ausgebeuteter Staaten zu stehen: dieser Dienst ist aber damit noch nicht geleistet, daß unkritisch die politischen Positionen der Dritten Welt übernommen werden.

Angesichts der Nähe des Krisenherdes *Angola* wäre eine präzise Befassung mit dem Thema angebracht gewesen, zumal sich aus dem Bürgerkrieg zwischen den Befreiungsbewegungen verschiedener politischer Couleur doch gewiß Rückfragen an die Praxis der Unterstützung von Befreiungskämpfen durch die Kirche ergeben. Stattdessen wurde eine Resolution verabschiedet, die zwar zur Beendi-

gung der ausländischen Interventionen aufruft, dabei aber nur Südafrika nennt (vgl. EPS, 9.12.75). Persönlichkeiten wie der einflußreiche afrikanische Kirchenführer *Burgess Carr*, Generalsekretär der Allafrikanischen Kirchenkonferenz, oder die neue Präsidentin *Jiagge* sorgten dafür, daß die Problematik des Sonderfonds des Antirassismusprogramms erst gar nicht diskutiert wurde. Frau *Jiagge* meinte, daß unabhängig von der Diskussion um ein „Moratorium“ die Unterstützung der Befreiungsbewegungen auf jeden Fall aufrechterhalten werden müsse. Die Vollversammlung beschloß die Fortführung des Antirassismusprogramms – allerdings eingebettet in ein größeres Programm für die Realisierung der Menschenrechte – und gab außerdem ein Programm zur Bekämpfung des Militarismus in Auftrag. Ferner wurde in Resolutionen für *Ost-Timor* das Recht auf Selbstbestimmung verlangt und eine relativ unverbindliche Erklärung zum *Jerusalem-Status* abgegeben (die vor allem die Notwendigkeit offenen Zugangs aller drei Religionen zu den heiligen Stätten betont). In einer *Nahost-Resolution* wird der Rückzug Israels aus im Jahr 1967 besetzten Gebieten gefordert und das Recht aller Staaten der Region auf sichere und anerkannte Grenzen sowie des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung bekräftigt. Die Palästinenser sollen an den Friedensverhandlungen teilnehmen. Ein Versuch von Kirchenpräsident *Hild*, an die erste Stelle nicht den Rückzug Israels, sondern das Recht auf staatliche Existenz zu stellen, scheiterte im Plenum. Eine deutliche Absage wurde jedoch der Zionismus-Resolution der Vereinten Nationen erteilt.

Anders als erwartet war Afrika – in Sonderheit das Südafrika-Problem – nicht das zentrale politische Thema in Nairobi. Zwar fehlte es nicht an Verurteilungen der rassistischen Apartheidpolitik, doch war man sich in ihrer Ablehnung so einig, daß sie nicht viel Gesprächsstoff hergab – zumal ein sich anbahnender Streit in der Anfangsphase der Konferenz beigelegt werden konnte. Er hatte sich an einem Schreiben des Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof *Helmut Claß*, entzündet, mit dem dieser einen Brief des Vorsitzenden der Allafrikanischen Kirchenkonferenz, Bischof *Gatu*, zur *Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der Republik Südafrika auf dem Sektor der Atomenergie* beantwortete. Afrikanische Kirchenvertreter waren über den „frostigen“ Ton verärgert, mit dem *Claß* die Aufforderung zurückgewiesen hatte, Druck auf die Bundesregierung und Industriefirmen auszuüben, um Projekte der atomaren Zusammenarbeit zu verhindern. Die Wogen wurden durch eine Erklärung von Kirchenpräsident *Hild* und Außenamtspräsident *Held* geglättet, in der die Solidarität der EKD mit den afrikanischen Kirchen unterstrichen und die Ablehnung des Apartheid-Systems bekräftigt wurde. Ferner wurde eine Prüfung der unterschiedlichen Informationen in Sachen nukleare Kooperation und eine Diskussion der in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe im Rat der EKD zugesagt. Eine Resolution der Vollversammlung sprach sich schließlich gegen nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika

aus und apostrophierte dabei ausdrücklich zwei deutsche Firmen (EPS, 9.12.7)).

Ein Novum auf dem politischen Sektor war, daß es auch *Kritik an den Zuständen in den unabhängig gewordenen Ländern der Dritten Welt* zu hören gab. Es war vor allem Burgess Carr, der mit der gleichen Massivität, mit der er sonst die westlichen Kirchen abkanzelt, mit diktatorischen und sozial ungerechten Regimen Afrikas ins Gericht ging (vgl. epd, 2.12.75). Ähnliche Vorwürfe erhob in seinem Referat vor dem Plenum der Premierminister Jamaicas, *Michael Manley*. Mit ihm meldete sich einer der profiliertesten Sprecher der Dritten Welt zu Wort, der mit ungewöhnlicher rhetorischer Brillanz (die freilich bisweilen ans Demagogische grenzte) die gegenwärtige Weltordnung geißelte und sich für eine Welt mit neuer Weltwirtschaftsordnung, ohne Imperialismus und Kolonialismus, ohne Kapitalismus und Staatskapitalismus, ohne jede Form von Unterdrückung auf irgendeinem Gebiet, mit basisdemokratisch organisierten Staaten aussprach (vgl. epd-Dokumentation 1/76). Ihm sekundierte der australische Biologe *Charles Birch*, der die drohende ökologische Katastrophe beschwor und von daher eine „revolutionäre Veränderung der Verhältnisse des Menschen zur Erde und der Menschen untereinander“ forderte.

Ebenfalls unter dem Stichwort „Befreiung“ wurde über *Sexismus und Bildung* debattiert. Zu den beiden Komplexen wurde aber kaum Wesentliches gesagt. Immerhin wurde eine Weiterarbeit an den Themen beschlossen. An konkreten Ergebnissen gibt es vorerst wenig. Der Bericht der Sektion IV (Bildung) ist nur – wenn überhaupt – aus der Sicht der Entwicklungsländer vertretbar (Prof. *Roger Mehl*, Straßburg, stellte die Frage, welches Interesse die Vollversammlung an der Sammlung einer derartigen Menge von Gemeinplätzen haben konnte; vgl. Le Monde, 12.12.75). Der Beschluß, auf „sexistische“ Sprachelemente im ÖRK zu verzichten (z. B. wird man in Zukunft nicht mehr „chairman“ sagen, sondern „moderator“), wird ebenfalls den menschlichen Fortschritt nicht entscheidend fördern. Nicht neu ist die Befürwortung der Frauenordination durch den ÖRK (vgl. epd, 3.12.75).

Heftige Kontroversen um die Menschenrechte

Von Anfang an begleitete die Vollversammlung das Thema der Menschenrechte. Konnte man dem ÖRK bisher vorwerfen, er brandmarke nur die Unmenschlichkeit in nichtsozialistischen Ländern, so war er in Nairobi gezwungen, sich gerade mit der Situation in der Sowjetunion zu befassen. Bereits zu Anfang der Vollversammlung wurde ein Brief bekannt, in dem zwei Mitglieder der russisch-orthodoxen Kirche aus Moskau, *Gleb Yakunin* und *Lev Regelson*, den Weltkirchenrat aufforderten, die *Verletzung der Religionsfreiheit in der UdSSR* zu verurteilen. Yakunin und Regelson schrieben u. a., die Mitglieder der russisch-orthodoxen Kirche gäben sich keinen Illusionen

über die durch die sowjetische Regierung gebilligte Vertretung im ÖRK hin (in der Tat hatte noch im selben Jahr die sowjetische Atheistenzeitschrift „Wissenschaft und Religion“ den russischen Vertretern im ÖRK bescheinigt, sie unterstützten in ihrer Arbeit voll die sowjetische Außenpolitik; vgl. epd, 15.9.75). Nachdem Genf so lange zu den Vorgängen in der Sowjetunion geschwiegen habe, müsse es in Zukunft alle Christen regelmäßig über das Schicksal der Glaubensgenossen in aller Welt unterrichten, „wo immer man sie verfolgt“. Russische Kirchenführer wiesen die Kritik als übertrieben zurück; Metropolit Juvenalij, als Leiter des Außenamtes Nachfolger von Nikodim, ging sogar so weit, zu behaupten, die Kirche habe in „unserer sich immer stärker an demokratischen Prinzipien sich ausrichtenden Gesellschaft ihren Platz gefunden“ und blicke „gläubig und hoffnungsvoll“ in die Zukunft (epd, 1.12.75). Metropolit Nikodim, nach seiner Wahl ins Präsidium auf den Vorwurf angesprochen, seine Kirche tue zuwenig für die verfolgten Glaubensbrüder, sagte immerhin: „Wir denken an sie, wir beten für sie und wir helfen ihnen“ – womit zugegeben war, daß es die von anderen Hierarchen bestrittenen Verletzungen der Religionsfreiheit jedenfalls gibt.

Gegen Ende der Konferenz kam es bei diesem Thema zu den härtesten Auseinandersetzungen, die es in Nairobi gab. Der Schweizer Delegierte *Jacques Rossel* (der inzwischen ins Exekutivkomitee gewählt wurde) stellte bei der Plenardebatte über eine Erklärung zu den Vereinbarungen von Helsinki den Antrag, der ÖRK möge ausdrücklich seine „Besorgnis über die Einschränkung der Religionsfreiheit, besonders in der Sowjetunion“, bekunden und die Regierung der UdSSR „respektvoll bitten“, die Klauseln von Helsinki in Kraft treten zu lassen. Während sich manche Delegierte erleichtert fühlten, daß im Weltrat endlich das Schweigen über diesen heiklen Punkt gebrochen war, erregte sich Metropolit Juvenalij: er bezweifle, daß er sich in einer brüderlichen christlichen Versammlung befinde. Zum Entsetzen der Russen wurde der Antrag mit breiter Mehrheit angenommen, worauf von russischer Seite die Abstimmung angezweifelt wurde, weil sie vor einem formellen Beschluß über das Ende der Debatte erfolgt sei. Das ermöglichte es den Verantwortlichen, einen Kompromiß zu erarbeiten – angesichts einer mehr oder weniger offenen Drohung Juvenalij's mit dem Austritt der russischen Orthodoxie. Der verabschiedete Text spricht lediglich noch von „angeblicher Verweigerung der Religionsfreiheit“ in der UdSSR, gibt aber dem Generalsekretär den Auftrag, intensive Konsultationen über die Religionsfreiheit in den Signatarstaaten des Abkommens von Helsinki zu führen und dem Zentralausschuß bei seiner Sitzung im August 1976 darüber zu berichten.

Damit hat sich der Weltrat nur noch einmal eine *Gnadenfrist* verschafft: An der Aufgabe, die er so lange mit Rücksicht auf die russische Orthodoxie umgangen hat (wodurch er mit seiner scharfen Kritik an Mißständen im Westen ins politische Zwielicht geraten ist), kommt er nun nicht mehr vorbei. Ein letzter Versuch Nikodim's, im Zen-

tralkomitee die geforderten Untersuchungen durch den Generalsekretär zu verhindern (Begründung: die Kommission für Internationale Angelegenheiten befasse sich schon seit Jahrzehnten mit den Menschenrechten), wurde vereitelt (vgl. FAZ, 16.12.75). Nichts verdeutlicht eindringlicher die wirkliche Lage als die Nachricht, daß einer der beiden Autoren des Briefes aus Moskau, Yakunin, inzwischen seine Anstellung als Lektor in einer Kirche (auf einen Wink staatlicher Stellen) verloren hat; bereits 1966 war er wegen einer Dokumentation zur Lage der Kirche in der Sowjetunion als Priester abgesetzt worden (vgl. epd, 5.1.76).

Die katholische Präsenz: Mitarbeit ohne Mitgliedschaft

Stärker als jemals zuvor bei einer Weltkirchenkonferenz waren in Nairobi römisch-katholische Vertreter engagiert. Das vatikanische Einheitssekretariat hatte eine offizielle Delegation von 16 Beratern entsandt, der u. a. P. *Pierre Duprey*, Untersekretär des Einheitssekretariats, der Paderborner Weihbischof *Paul-Werner Scheele*, P. *Emmanuel Lanne* OSB, Vizepräsident von Faith and Order, und die holländische Ministerin *Marga Klompe* angehörten. An der Spitze der katholischen Vertreter stand der Sekretär des Einheitssekretariats, *Charles Moeller*. Außer dieser Delegation beteiligten sich noch eine ganze Reihe von anderen Katholiken in verschiedenen Funktionen an der Arbeit, so auch Erzbischof *Johannes Joachim Degenhardt* von Paderborn als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik.

Papst Paul VI. hat in einer Botschaft der Vollversammlung versichert, daß die Schritte der katholischen Kirche zur Förderung der ökumenischen Bewegung und, wo immer möglich, zur Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat intensiviert werden (vgl. *Osservatore Romano*, 27.11.75). Kardinal *Willebrands* unterstrich in einem Schreiben die Gemeinsamkeit vieler Bemühungen des ÖRK und der katholischen Kirche und betonte, die Katholiken würden sich um die Beseitigung der noch bestehenden Ursachen der Spaltung bemühen und Wege suchen, wie der bereits unter den Christen bestehenden Gemeinschaft angemessen Ausdruck verliehen werden könne (vgl. *Avvenire*, 10.12.75). In einer Erklärung vor dem Plenum in Nairobi sprach Charles Moeller die Hoffnung aus, daß angesichts der gleichen Herausforderungen die Beziehungen zwischen Rom und dem ÖRK „enger und wirkungsvoller“ werden (vgl. *Osservatore Romano*, 12.12.75).

Trotz der intensiven Beteiligung der Katholiken stand von vorneherein fest, daß an einen Beitritt Roms zum Weltkirchenrat in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Davon geht auch das der Zusammenarbeit mit Rom gewidmete Dokument der Vollversammlung aus. Es sieht die Hauptschwierigkeiten einerseits in der Betonung der Identität der Mitgliedskirchen des ÖRK, die diesen nur schwer zu

einem gemeinsamen Zeugnis finden lassen, andererseits in der universalen Verfaßtheit der katholischen Kirche, ihrer Überzeugung, die eine Kirche Christi zu verkörpern und auch im völkerrechtlichen Status des Vatikans. Trotzdem wird gesagt, die Vollversammlung erwarte „mit Hoffnung den Tag, wo es möglich wird, daß die römisch-katholische Kirche Vollmitglied im Ökumenischen Rat wird“. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse man zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der angestrebten Einheit und zu einer solideren Grundlage für das gemeinsame Zeugnis kommen. Mittel dazu sind die gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen Rom und Genf, deren Weiterarbeit befürwortet wurde, die volle Mitgliedschaft katholischer Theologen in der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung und die Arbeit des gemeinsamen Ausschusses für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden (SODEPAX), dessen Mandat vorerst um drei Jahre verlängert wurde.

Eine veränderte Ökumene?

„Nach der sogenannten Konfliktökumene sind wir zur Gemeinschaftsökumene gekommen“ (Evangelische Kommentare 1/76, 10). Mit diesem Satz hat *Jürgen Moltmann* nicht nur seine eigenen Eindrücke in Nairobi wiedergegeben, sondern zugleich die Quintessenz der Stellungnahmen deutscher Kirchenvertreter und der Wertung in den Pressekommentaren formuliert. Der Faktor der Vermittlung in Nairobi war ohne Zweifel die Bereitschaft zur Frömmigkeit: es war die gemeinsame Bibelarbeit, das Gebet, der Gottesdienst, die biblische Artikulation des Glaubens. Beim Vergleich mit der UNO – der sich wegen der äußeren Gestalt der Versammlung und ihrer Themen aufdrängte – wurde durchaus treffend als das eigentlich Unterscheidende das „*spirituelle Ereignis*“ genannt (vgl. DAS, 4.1.76). Erstaunlich ist nur, daß man diesen Befund offenbar durchwegs als schmeichelhaft empfindet. Ist es nicht eher ein Anlaß zur kritischen Besinnung, wenn einer Versammlung der Weltchristenheit als einziger Unterschied zu der in letzter Zeit ja nicht gerade vom Weltgeist heimgesuchten UNO attestiert wird, sie sei frömmere?

Gewiß wird man von einer Mammutveranstaltung wie der in Nairobi – noch dazu, wenn sie auf dem „Kontinent des Palavers“ (Philip Potter) stattfindet – gerechterweise keine den kritischen „Westler“ befriedigenden gelehrten Abhandlungen erwarten dürfen. Die Vertreter aus anderen Regionen haben eben andere Probleme und erwarten andere Antworten. Gleichwohl dürfte es für den Weg zur universalen Kirche nicht unbedingt von Vorteil sein, wenn die Ökumene in ihrem Glaubenszeugnis unter sich (und insofern weltfremd) bleibt und in ihrem sozialen Engagement mit den UNO-Trends schwimmt. Anders gesagt: Selbst wenn es darüber wieder mehr Streit geben sollte, wäre es eine dringende Aufgabe für den ÖRK, seine Weltverantwortung in der Gestalt der Arbeit an einer im Zeitalter des fundamentalen Zweifels an der Botschaft des Christentums verständlichen Theologie und Verkündi-

gung wahrzunehmen und zum anderen anzustreben, daß sich seine politischen Analysen von anderen nicht bloß durch fromme Untertöne, sondern durch größere Präzision, Sachlichkeit und – in diesem Sinn – auch „Gerechtigkeit“ auszeichnen. Bekanntlich gibt es nicht nur einen Rückzug aus dem Engagement, sondern auch die Flucht ins Engagement.

Eine erhöhte Bereitschaft zur Besinnung würde wohl auch die kleinen Schritte vorbereiten helfen, die auf dem Weg zur Einheit notwendig sind. Insofern kann man auch heute noch bedauern, daß die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung durch die Strukturreform des ÖRK ihre Eigenständigkeit verloren hat und in einer großen Programmeinheit „Glauben und Zeugnis“ mit unterschiedlichen Arbeitsbereichen wie „Evangelisation“, „Dialog“ und „Kirche und Gesellschaft“ zusammengelegt worden ist. Ein frommer Enthusiasmus oder gemeinsame Aktionen allein können die faktischen Trennungen nicht überwinden, die es der Christenheit heute noch unmöglich machen, ihrem Zeugnis dadurch Glaubwürdigkeit zu geben, daß es mit einer Stimme gesprochen wird. Vielmehr kann ein solcher Enthusiasmus dazu verleiten, im bloßen „Gefühl“ der Einheit die sichtbar verfaßte Einheit als eher sekundär zu betrachten. Insofern war es ein Fortschritt der Konferenz in Nairobi, daß durch die verstärkte Integration der Orthodoxie mit ihrer starken Bindung an Tradition, Liturgie und Verfassung der Kirche ein Gegengewicht gegen ein Einheitsverständnis geschaffen wurde, für das die unverzichtbare Konzeption von der Einheit in der Vielfalt mitunter zur Entschuldigung dafür wird, eine

Vielzahl höchst unterschiedlicher Konfessionalismen einfach nebeneinander bestehen zu lassen.

Auf der anderen Seite macht der „Traditionalismus“ der Orthodoxen das ökumenische Gespräch nicht leichter und die schwierige Situation des Moskauer Patriarchats macht das ökumenische Gleichgewicht noch empfindlicher, als es ohnehin ist. Die politische Lage der russischen Kirche könnte sogar die Manövrierfähigkeit der gesamten Orthodoxie in der Ökumene lähmen. Es war alarmierend, daß Metropolit Juvenalij – offenbar unter dem Eindruck seiner politischen Niederlage – nach Nairobi äußerte, die Orthodoxie würde sich im ÖRK immer mehr überflüssig fühlen, während der Vertreter des Patriarchats von Konstantinopel, Metropolit Meliton, Nairobi als großen Fortschritt gegenüber Uppsala pries und meinte, erst jetzt würden sich die Orthodoxen als „existentielle“ Mitglieder des Weltkirchenrats fühlen (vgl. epd, 12.1.76; KNA, Ökumenische Information 51/52).

Philip Potter sprach, sympathisch untriumphalistisch, in seinem Schlußwort von dem „gemeinsamen Weg durch die Wüste“, den die Ökumene noch vor sich hat. Auch die Vollversammlung selbst gab sich nicht einfach zufrieden und sprach die bleibende Uneinigkeit etwa bezüglich der Eucharistiegemeinschaft klar an: „Zu unserer andauernden Schande und Pein haben wir unsere Uneinigkeit am Tisch des Herrn noch nicht überwunden“ (vgl. SZ, 6./7.12.75). Vielleicht ist für die ökumenische Bewegung – in Genf wie auch in Rom – unterwegs zur sichtbaren Einheit nichts so wichtig wie die Bereitschaft zur Selbstkritik.

Hans Georg Koch

Tagungsbericht

Jugendpastoral – Grundlagen und Postulate

Zur Österreichischen Pastoraltagung 1975

„Noch vor wenigen Jahren hätte eine Pastoraltagung zum Thema Jugend bei weitem nicht so viele Teilnehmer gehabt, wie hier in den vergangenen drei Tagen versammelt waren“, stellte Bischof *Johannes Weber* (Graz) in seinem Schlußreferat über „Leitlinien kirchlicher Jugendarbeit“ fest. Offenbar erwarteten die etwa 500 ständigen Teilnehmer aus allen österreichischen Diözesen, aus der Bundesrepublik und aus der DDR, aus der Schweiz und aus Südtirol, aus der ČSSR, Polen, Ungarn und Jugoslawien (neben zahlreichen Zaungästen, die sich nur das eine oder andere Referat anhörten), daß die Österreichische Pasto-

raltagung 1975 einige Ausblicke und Wege eröffnen werde, wie gerade heute kirchliche Jugendarbeit gestaltet werden soll.

Was der Tagung vorausging

Das große Interesse an der Tagung erklärt sich aus der besonderen Aktualität des Themas speziell für Österreich, aber darüber hinaus wohl für den gesamten deutschen Sprachraum. Bischof Weber drückte es drastisch aus: Den